

Betreff:

Personalkostenhochrechnung Juli 2024

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

28.08.2024

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

05.09.2024

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Hochrechnung der Personalkosten Stand Juli 2024 weist einen Mehrbedarf von rund 6,5 Mio. € aus. Aufgrund der im Vergleich zu früheren Personalkostenhochrechnungen doch erheblicheren Abweichung gegenüber der Kalkulation möchte die Verwaltung die wesentlichen Gründe hierfür darlegen, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich aus Sicht der Verwaltung zum Jahresende eine überplanmäßige Ausgabe in vorgenannter Größenordnung abzeichnet:

Gegenüber der Kalkulationsgrundlage vom Oktober 2022 für den Doppelhaushalt 2023/2024 ist ein Mehraufwand in Höhe von rund 2,3 Mio. € auf nicht vorhersehbare Zahlungsverpflichtungen zurückzuführen, die der Stadt aufgrund des Versorgungslastenstaatsvertrages entstehen, wenn städtische Beamtinnen oder Beamte zu anderen Dienstherrn wechseln. Da die Stadtverwaltung lebensältere Beamtinnen und Beamte verlassen, haben sie bereits entsprechende Versorgungsanwartschaften erworben, was zu der erwähnten finanziellen Belastung des städt. Haushaltes führt. Auf der anderen Seite gewinnen wir auch durchaus Beamtinnen und Beamte von anderen Dienstherrn, die sind in aller Regel aber lebensjünger mit entsprechend geringeren Versorgungsanwartschaften, so dass zum jetzigen Zeitpunkt unklar ist, ob die auf der Ertragsseite für 2024 veranschlagte Einnahme in Höhe von 0,8 Mio. € überhaupt erreicht werden kann. Die Verwaltung wird für die Kalkulation der Personalkosten zum Doppelhaushalt 2025/2026 bei den Ansatzveränderungen entsprechende Vorkehrungen treffen.

Auch der Bereich der Beihilfe trägt entscheidend zu dem Mehraufwand von 6,5 Mio. € bei. Aufgrund der ersten beiden Quartalsabrechnungen des NLBV für Beihilfeaufwendungen ist von einem deutlichen Mehrbedarf in Höhe von 2,0 Mio. € auszugehen. Da die Beihilfeaufwendungen sukzessive steigen, aber mitunter Schwankungen in den Steigerungen zu verzeichnen sind, kann in diesem Zusammenhang noch keine exakte Prognose für den Jahresabschluss abgegeben werden.

Dem sich entgegen der Kalkulation vom Oktober 2022 auf höherem Niveau entwickelnden Beihilfeaufwand, wird die Verwaltung ebenfalls zu den Ansatzveränderungen für den Doppelhaushalt 2025/26 Rechnung tragen.

Weiterhin ist ein Teil des Mehrbedarfs auf einen der Anzahl nach nicht vorhersehbaren Anstieg der Versorgungsempfänger zurückzuführen, da sich gegenüber der Kalkulationsgrundlage mit Stand Oktober 2022 mehr Beamtinnen und Beamte entschlossen haben, vor Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand zu treten. Ebenfalls personalkostenbelastend wirken sich die erfolgreichen Bemühungen in der Personalakquise aus. So konnten zwischen Oktober 2023 und Juli 2024 95 Vollzeitbeschäftigte für die Stadtverwaltung gewonnen werden, wodurch die Anzahl der durchschnittlich unbesetzten

Stellen bei ca. 7 % zumindest gehalten werden konnte und sich nicht noch weiter vergrößert hat.

Schließlich war dem im Juli 2024 von der Landesregierung veröffentlichten Entwurf des Niedersächsischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2024/2025 zu entnehmen, dass für die Beamtinnen und Beamte nicht nur die Ergebnisse des Tarifvertrages der Länder der Höhe und des Zeitpunkts nach übertragen werden sollen, sondern Beamtinnen und Beamten mit Kindern zur Sicherstellung der amtsangemessenen Alimentation unter bestimmten Voraussetzungen im Dezember 2024 einmalig eine Sonderzahlung für das erste und zweite Kind erhalten sollen. Diese Regelung erzeugt einen bislang nicht eingeplanten zusätzlichen Bedarf von rd. 0,83 Mio. €.

Wie einleitend bereits angekündigt, hält die Verwaltung es für sachgerecht, mit einer überplanmäßigen Ausgabe den Mehrbedarf an Personalkosten zu kompensieren, sobald das endgültige Ergebnis feststeht. Von regulatorischen Maßnahmen mit dem Ziel, den Mehrbedarf zu verringern oder sogar zu kompensieren, rät die Verwaltung ausdrücklich ab. Wie zuvor erwähnt, sind weiterhin rund 7% (ca. 300 Planstellen) unbesetzt, was allein dem bekannten Fachkräftemangel geschuldet ist. Das bewusste zusätzliche Sperren von Stellen würde einerseits die durchaus erfolgreichen Bemühungen der Personalakquise konterkarieren und zum anderen die arbeitsmäßige Belastungssituation der Mitarbeitenden noch weiter verschärfen, so dass aus Sicht der Verwaltung derartige Maßnahmen nicht vermittelbar wären.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

Personalkostenhochrechnung Juli 2024

A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	
1	10.13-1 ZSB				Hochrechnung Personalkosten 2024									15. August 2024	
2															
3						Juli 2024									
4															
5	Das HH.-Soll der Deckungsreserve (Kostenart 462110) ist grds. für die Zahlung der LoB vorgesehen.														
6	Die diesbezüglichen HH.-Sollansätze und auch die IST Zahlungen sind grds. den entsprechenden Kostenarten zugeordnet.														
7		Beamte	Anwärter	Versorgung		Beihilfe		Tariflich Beschäftigte			Auszubildende			Gesamt	
8		ohne Anwärter						ohne Auszubildende							
9															
10				Vers.empfänger	Ruhel./Versorg.lasten	Beamte	Vers.-empf.	Brutto	VBL	SV	Brutto	VBL	SV		
11					Nachversicherung										
12	Formularbereiche	Bereiche/Sachkonto	401110	401140	411110	411210 u.a.	404110	414110	401210	402220	403210	401240	402240	403240	
13		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
14	Basis letzter Monat	IST Aufwand Jan. bis Zahlmonat	37.105.178	2.231.950	16.041.316	1.053.988	948.907		68.168.569	3.679.284	13.973.839	306.857	14.634	61.072	143.585.594
15		- einmaliger Aufwand	35.347	-79	-7.169		-1.730		-193.716	-6.589	-29.286	27.000	800	5.500	-169.922
16		- Jan. bis Vorzahlmonat	-32.149.192	-1.931.414	-13.848.266	0	-815.033		-58.293.197	-3.138.446	-11.937.832	-285.569	-13.176	-57.192	-122.469.317
17		IST letzter gezahlter Monat	4.991.333	300.457	2.185.881	1.053.988	132.144	0	9.681.656	534.249	2.006.721	48.288	2.258	9.380	20.946.355
18		x 5 Monate = Restjahr	24.956.665	1.502.285	10.929.405		660.720	0	48.408.280	2.671.245	10.033.605	241.440	11.290	46.900	99.461.835
19		Zwischensumme	62.061.843	3.734.235	26.970.721	1.053.988	1.609.627	0	116.576.849	6.350.529	24.007.444	548.297	25.924	107.972	243.047.429
20		Sonderzahlungen	1.069.570	58.688					6.453.826	354.315	1.230.654	32.032	1.759	6.688	9.207.531
21		Pauschalsteuer VBL								35.480					35.480
22	noch zu	GUV									440.652			4.988	445.640
23		Personalveränd./Übernahmen	355.500	14.700	181.100				595.742	32.706	121.531	10.694	458	2.182	1.314.613
24	berücksichtigende										0				0
25		Stellenplanveränd.	380.938						0	0	0				380.938
26	Aufwandspositionen	Leistungsentgelt	1.110.363						0	0	0				1.110.363
27		Inflationsausgleich	0	0	0				0			0			0
28		Besoldungserh. ab 11/2024	242.714	15.250	177.200										435.164
29		Sonderzhlg. 1.u.2. Kind in 12/2024	797.000	35.000											832.000
30		Beihilfekosten lfd. Jahr					3.790.373	4.650.000							8.440.373
31		Landesvw. Versorgungsl. Nachvers.			454.158	2.538.049									2.992.207
32	Jahresaufwand	voraussichtl. Jahres IST-Summe	66.017.928	3.857.873	27.783.179	3.592.037	5.400.000	4.650.000	123.626.417	6.773.030	25.800.281	591.023	28.141	121.830	268.241.739
33															
34	Übersicht HH.soll	Haush.-Soll lfd.Jahr	66.989.148	3.656.219	26.512.534	1.271.700	4.400.000	3.650.000	117.836.637	7.566.828	24.591.241	637.100	35.300	131.900	257.278.607
35	462110	Soll-Verteil. Deckungsreserve	2.151.015						1.798.192	98.721	367.730				4.415.658
36		fiktives Haushalts-Soll	69.140.163	3.656.219	26.512.534	1.271.700	4.400.000	3.650.000	119.634.829	7.665.549	24.958.971	637.100	35.300	131.900	261.694.265
37															
38		mehr / weniger	-3.122.235	201.654	1.270.645	2.320.337	1.000.000	1.000.000	3.991.588	-892.518	841.310	-46.077	-7.159	-10.070	6.547.474
39															
40	Die hier dargestellten Personalkosten beinhalten nicht Beschäftigungsentgelte und keine Zuführungen / Auflösungen / Herabsetzungen von Rückstellungen.														
41														Mehrbedarf	6.547.474
42															
43															2,50%